

# GdP: Kurz berichtet

Juli 2004



1. **Gemeinsame Sitzung Kabinett und DGB**
2. **Aus der Antwort zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion**
3. **Lohnkosten senken – Arbeitszeit erhöhen?**
4. **LÄNGER ARBEITEN?**
5. **Analyse: Dänen staunen über deutsche Arbeitszeitdebatte**
6. **Attac: Belgisches Parlament stimmte für Tobin-Steuer**
7. **Das Vorletzte von Frau Merkel**
8. **Zur Erinnerung**

## 1. Gemeinsame Sitzung Kabinett und DGB

*"Bei allen Differenzen in grundsätzlichen Fragen zur fortschreitenden Dominanz der Liberalisierer und der Arbeitszeitverlängerungen ist es wichtig, miteinander in Sachfragen im Gespräch zu bleiben",* bewertet GdP - Landesvorsitzender Ernst Scharbach das Gespräch mit dem Regierungskabinett. Über drei Stunden Zeit nahmen sich Ministerpräsident Kurt Beck und seine MinisterInnen für das Gespräch mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften.

Obwohl vielen Gewerkschaftern eine Ausbildungsabgabe nach wie vor lieber gewesen wäre, finden jedoch die Anstrengungen der Landesregierung hohe Anerkennung, zumindest in Rheinland-Pfalz die Zahl der **Ausbildungsplätze** deutlich zu erhöhen. Sie werden zwischen Landesregierung, den Arbeitgeberverbänden und dem DGB am so genannten Ovalen Tisch verabredet. Lehrstellenaquisiteure sollen die Bereitschaft der Firmen erhöhen, mehr Plätze zur Verfügung zu stellen. Die Verbundausbildung von mehreren Betrieben wird gezielt gefördert - wenn auch leider noch nicht im erhofften Umfang angeboten, wie MP Beck erläuterte. Beck schlug vor, dass Land, Arbeitgeberverbände und DGB mit gutem Beispiel voran gehen sollten.

Mit Blick auf die GdP hob Beck die Erhöhung der Ausbildungsstellen bei der Polizei um 50 Polizeianwärter hervor. Minister Zuber hat in seinem Ressort die Zahl der nichtpolizeilichen Ausbildungsstellen bereits aufgestockt. *"Fast die Hälfte der Lehrstellenbewerber haben sich erneut für eine Lehrstelle beworben",* so Beck. *"Da Rheinland-Pfalz bei der Zuwanderung noch positive Zahlen vorweisen kann, dürfen wir mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen."*

Die IG BAU und die GdP forderten gemeinsam ein landesweites **Vergaberecht** und eine Ausdehnung der Kontrollen zur Bekämpfung der **Schwarzarbeit**. Die Minister Bauckhage und Mittler stehen der Forderung skeptisch gegenüber. Derzeit werde im Bund über eine Verschlinkung des Vergaberechts diskutiert und man müsse die Entwicklung des EU-Rechts im Auge behalten. Das Land stehe aber nach wie vor zu seiner Verordnung, nach der bei Aus-

schreibungen auf die Einhaltung der tariflichen Arbeitsbedingungen und Löhne zwingend geachtet werden muss.

Fest vereinbart wurden Gespräche auf der Arbeitsebene, um einen **Weiterbildungspakt** für den öffentlichen Dienst auf den Weg zu bringen. *"Weiterbildung ist in der sich schnell ändernden Welt von hervorragender Bedeutung"*, begrüßte Kurt Beck die Initiative des DGB.

*"Wir müssen aufpassen, dass in Deutschland, aber in auch der gesamten EU, die Chemie-Industrie überleben kann"*, eröffnete Minister Bauckhage die Diskussion um die EU-**Chemikalienrichtlinie** und ist damit mit der IG BCE einer Meinung. Nicht nur die Arbeitsplätze, auch die Interessen der kleinen und mittelständischen Betriebe dürfen nicht durch zu bürokratische Regelungen überfordert werden, unterstützt die IG BCE.

Das Projekt der **DGB Jugend 'Courage'** läuft auch nach Auffassung des Kabinetts mit großem Erfolg. Alleine dieses Jahr wurden bereits 70 Schulen besucht und über 3.000 SchülerInnen erreicht. 100 TeamerInnen erarbeiten mit den SchülerInnen die Themen Toleranz, Fremdenangst und Gewalt. Minister Walter Zuber sagte dem Projekt ausdrücklich Unterstützung auch aus seinem Hause zu: *"Es gibt zu dem Projekt Courage deutliche Schnittflächen zu den polizeilichen Bemühungen um Kriminalprävention und den Arbeitsfeldern der Jugendsachbearbeiter."*

Weitere Themen waren die Änderungen bei der Lehrerausbildung in RP, die Integrationspolitik (z.B. Deutschkurse für Aussiedler) und der aktuelle Sachstand bei der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe.

Kabinett und DGB vereinbarten die Fortführung des Dialogs.

## **2. Aus der Antwort zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion**

Die Sollstärke der PolizistInnen in RP beträgt 9.302, die Iststärke beträgt 8.824; tatsächlich verfügbar waren Ende 2003 aber nur 7.964.

Schutzpolizei: 7.549 : 7.139 : 6.333 (Fehlquote zum Soll: 16,1%)

Kriminalpolizei: 1.753 : 1.684 : 1630 (Fehlquote zum Soll: 7%)

415 sind als Bezirksbeamte eingesetzt (Quote: 1 : 9.776 Einwohner),

165 als Jugendsachbearbeiter, 17 temporär bei den Sicherheitsmobilen.

Überstundenbestand Ende 2003: 1.321.410 Stunden.

Die Zahl der Frauen bei S beträgt 745, bei K 169.

Das Durchschnittsalter des Schichtdienstes beträgt in

KO: 41, MZ: 38,7, RP: 38,4, WP: 47,1, TR 46,1, WaPo: 41,4 Jahre.

In 14 Dienststellen ist die Arbeitszeit vollständig flexibilisiert. In den übrigen wird im Rahmen der Schichtpläne flexibel gearbeitet.

Die unvorhergesehenen Personalabgänge betragen in den Jahren 1999: 112, 2000: 189, 2001: 96, 2002: 90, 2003: 77 BeamtInnen.

Die Zahl der Angestellten hat sich um 300 auf 1.072 erhöht. Es wurden in erheblichem Umfang im Rahmen der Angestelltenprogramme Höhergruppierungen ermöglicht.

315 PolizeibeamtInnen haben bisher Antrag auf Altersteilzeit gestellt, davon wurden bisher 239 genehmigt.

## **3. Lohnkosten senken – Arbeitszeit erhöhen?**

Natürlich spielen Lohnkosten bei Standortentscheidungen eine wichtige Rolle. Und da sie in Osteuropa und Asien zum Teil deutlich unter dem hiesigen Niveau liegen, üben die dortigen Staaten eine große Anziehungskraft auf deutsche Firmen aus. In vielen Fällen sind aber nicht nur niedrige Löhne das entscheidende Motiv. China beispielsweise wird auch deshalb als Zielregion angepeilt, weil dort ein riesiger Absatzmarkt lockt.

Abgesehen davon riskieren Manager, die allein auf die aktuellen Löhne abstellen, mit Zitronen zu handeln. Vor allem, wenn sie erstens andere Kosten (wie etwa für die Steuerung ferner Fabriken) und zweitens die Dynamik der Gastländer unterschätzen.

Denn auch dort arbeiten die Leute nicht ewig für einen Appel und ein Ei, sondern verlangen mehr Geld. Dieser Prozess ist in vollem Gang. Die Lohnstückkosten, ein wichtiger Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, sind in den osteuropäischen Beitrittsländern zuletzt förmlich explodiert. Dies liegt daran, dass dort die Löhne deutlich stärker als die Produktivität stiegen. Außerdem legten die nationalen Währungen gegenüber dem Euro zu. Hier zu Lande stagnieren die Lohnstückkosten hingegen seit Jahren.

Dies hat es bis dato in diesem Umfang in der Bundesrepublik noch nie gegeben und lässt sich als Folge der Anpassung an den Globalisierungsdruck interpretieren: Die Löhne hinken der Produktivität hinterher. Von mangelnder Flexibilität kann also zumindest in dieser Hinsicht keine Rede sein.

Vielleicht erklärt dieser Umstand auch, warum etliche Unternehmen wieder reumütig in die Bundesrepublik heimkehren. Die Quote der Rückverlagerer betrug laut ISI zuletzt immerhin sieben Prozent. Die Forscher warnen denn auch vor teuren Fehlentscheidungen. Würden alle Kosten und Mängel ausländischer Standorte ins Kalkül gezogen und gleichzeitig die hiesigen Produktionsstätten optimiert, sei Deutschland "in vielerlei Hinsicht konkurrenzfähig".

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung warnt vor Panikmache. Ängste, dass die Osterweiterung zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten in der "alten" EU führt, seien unberechtigt. Allerdings: Bedroht könnten sich Beschäftigte mit geringer oder mittlerer Qualifikation fühlen.

(Kommentar aus der Frankfurter Rundschau)

#### **4. LÄNGER ARBEITEN?**

**Längere Arbeitszeiten sorgen für mehr Beschäftigung, sagen Konservative wie die CDU-Chefin Angela Merkel. Die These wird heftig diskutiert.**

Betrachtet man den Fall Siemens, scheint die Sache glasklar zu sein: In Nordrhein-Westfalen arbeiten 4000 Beschäftigte fünf Stunden pro Woche ohne Lohn, deswegen werden ihre Jobs nicht nach Osteuropa verlagert. Allerdings ist es kein Problem, Gegenbeispiele zu finden. So führte Opel 2003 die 30-Stunden-Woche ein, weil der Absatz stockte, und sicherte so mehr als 1000 Stellen. Bei VW wurden durch die Viertagewoche sogar 20 000 Arbeitsplätze gerettet.

Einzelfälle beantworten also nicht die Frage, ob kürzere oder längere Arbeitszeiten die Jobkrise entschärfen. Bleibt die Nachfrage bei Arbeitsmarktexperten.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat bereits 2003 "theoretische Überlegungen" angestellt, um abzuschätzen, wie längere Arbeitszeiten in Deutschland wirken würden. Das Ergebnis: Eine Stunde unbezahlte Mehrarbeit pro Woche brächte 100 000 neue Stellen. Das IW erklärt das so: Wenn die Produktion wächst, steigen die Einkommen der Unternehmen. Sie investieren mehr und beleben so den Arbeitsmarkt. Wenn die Leute fürs gleiche Geld länger schaffen, werde zudem Arbeit billiger, und dadurch lasse der Rationalisierungsdruck nach. Soweit die Theorie. Empirische Belege, dass Mehrarbeit Jobs schafft, sind das allerdings nicht.

Der Volkswirt Gerhard Bosch schaut sich lieber die Realität an. In Deutschland sei die tatsächliche Arbeitszeit seit 1995 gestiegen, sagt der Vizepräsident des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen. Trotzdem sei die Zahl der Jobsuchenden nicht gesunken.

Unbezahlte Mehrarbeit könne einzelnen Betrieben helfen, eine Notlage zu überstehen. Längere Arbeitszeiten im großen Stil seien aber nur sinnvoll, "wenn es Engpässe auf dem Arbeitsmarkt gibt". So sei das Wachstum der IT-Branche Anfang des Jahrtausends nur möglich gewesen, weil die Fachleute lange in ihren Büros blieben.

Für Bosch gibt es klare Belege, dass nicht längere, sondern kürzere Arbeitszeiten sinnvoll sind. So hätten Studien ergeben, dass die Arbeitszeitverkürzung in Frankreich von 39 auf 35 Wochenstunden positive Effekte hatte. Eine OECD-Untersuchung habe ergeben, dass etwa 20 Prozent des Beschäftigungszuwachses darauf zurückzuführen seien. Auch in Deutschland sei die Beschäftigung in den 80er Jahren, als die Arbeitszeit verkürzt wurde, gewachsen. Allerdings sind Arbeitszeiten kein Allheilmittel. Hartmut Seifert vom gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut hat sich die Lage in 15 europäischen Ländern angesehen. Das Ergebnis: Es gibt keinen empirisch belegbaren Zusammenhang zwischen der Dauer der Arbeitszeit und der Arbeitslosenquote. So wird in den Niederlanden relativ kurz gearbeitet, gleichzeitig gab es 2002 wenige Jobsuchende.

In Luxemburg liegen die Arbeitszeiten dagegen über dem EU-Durchschnitt, aber auch dort war die Arbeitslosenquote niedrig. Auch ein Land mit kurzen Arbeitszeiten sei nicht vor einer Jobkrise sicher, betont Bosch. Denn natürlich spielten auch andere Faktoren wie die Steuerpolitik oder in Deutschland die Wiedervereinigung eine erhebliche Rolle.

von Eva Roth (FR)

## **5. Analyse: Dänen staunen über deutsche Arbeitszeitdebatte**

Der Däne Erik Jensen kann über die Debatte um längere Arbeitszeiten in Deutschland nach seinen Erfahrungen vor Ort nur lachen. «Bei den Deutschen wagt schon jetzt aus Angst vorm Chef und den Kollegen keiner, vor halb sieben nach Hause zu gehen, auch wenn nichts zu tun ist,» sagt der Computerexperte.

Jensen hat längere Zeit für ein dänisches Unternehmen in Süddeutschland gearbeitet. Daheim in Kopenhagen hat der Vater von vier Kindern keine Hemmungen, den Heimweg auch um halb vier anzutreten, wenn die Arbeit getan ist.

«Bei uns setzen die Unternehmer kein Fragezeichen hinter die Gesamtarbeitszeit», meint Arbeitszeitexperte Noa Redington vom Gewerkschaftsblatt «Ugebrevet A4». Dass die Auslagerung von Arbeitsplätzen durch die Rückkehr zu längeren Arbeitszeiten vergangener Jahrzehnte verhindert werden könne, sei auch aus Sicht der Arbeitgeber eine «sehr, sehr altmodische Auffassung von Konkurrenzfähigkeit»: «Wir haben in Dänemark einen breiten Konsens, dass die Verteidigung von Jobs gegen Billiglohnkonkurrenz nur über hohe betriebliche Effektivität und immer bessere Aus- und Weiterbildung zu schaffen ist.»

Bei einer tariflichen Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden und einem Jahresurlaub von fünf bis fünfeinhalb Wochen arbeiten die meisten Industriearbeiter in Dänemark allerdings auch ein bisschen länger als ihre deutschen Kollegen. Viel stärker als dieser Unterschied aber dürfte die bei einer Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent und gut gefüllten Staatskassen gänzlich andere Grundstimmung im Lande ins Gewicht fallen. Bei der jährlichen Umfrage in allen EU-Ländern über die Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Leben und ihrem Land stehen die Dänen jedes Jahr souverän an der Spitze.

Wohl auch mit Blick darauf sagt der Personalchef eines dänischen Baukonzerns: «Selbst wenn Kollegen von mir in irgendeinem Unternehmen mit Gedanken an längere Arbeitszeiten spielen, würden sie das nie und nimmer laut zu sagen wagen.» Im eigenen Konzern laute die Parole «extreme Flexibilität auf beiden Seiten bei konstanter Jahresarbeitszeit».

«Die optimistische Grundstimmung bei uns ist schon ganz anders als in Deutschland», meint auch Redington. Gebe es dann betrieblich die Gefahr einer sich abzeichnenden Auslagerung von Jobs, würden die Arbeitnehmer «extrem flexibel» reagieren, durchaus auch mit befristeter Arbeitszeitverlängerung. «Aber es ist auch aus Sicht der Arbeitgeber derzeit komplett undenkbar, so etwas auf breiter Ebene zu propagieren.»

Fast schon mitleidig kommentierte die linksliberale Zeitung «Information» die deutsche Debatte: «Das Schlimmste ist, dass das Ganze keinen Deut hilft.» Weil die Arbeit bei längeren Arbeitszeiten zwangsläufig auf weniger Arbeitnehmer verteilt werde, müsse die Arbeitslo-

sigkeit steigen und damit die Kaufkraft der Verbraucher sinken. Das nütze den Unternehmen wenig: «Auch Arbeitgeber brauchen gut bezahlte Angestellte mit genug Freizeit zum Einkaufen, zum Anbau eines Wintergartens, für Wochenendferien, Kinobesuche und die Lektüre von Büchern.»

(Quelle: Yahoo Nachrichten)

#### **6. Attac: Belgisches Parlament stimmte für Tobin-Steuer**

Mit einer deutlichen Mehrheit von 67 zu 42 Stimmen hat das belgische Parlament gestern Abend beschlossen, eine Devisentransaktionssteuer einzuführen, sofern sich weitere europäische Länder anschließen. Nach Frankreich, wo ein solcher Beschluss bereits im November 2001 gefasst worden war, ist Belgien damit das zweite europäische Land, das sich verbindlich für die als "Tobin-Steuer" bekannt gewordene Steuer ausspricht.

#### **7. Das Vorletzte von Frau Merkel**

*„Vor lauter Globalisierung und Computerisierung dürfen die schönen Dinge des Lebens wie Kartoffel oder Eintopf kochen, nicht zu kurz kommen.“*

(CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf dem Hessentag in Heppenheim vor 4000 Landfrauen)

#### **8. Zur Erinnerung**

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?      Auto kaufen?      PSW 06131/96009-0.
--

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz